

In Kürze

Erpressung jüdischer Institutionen. Wie *tachles*-Recherchen ergaben, ist gegen jüdische Einrichtungen im Kanton Basel-Stadt eine Drohung in erpresserischer Absicht eingegangen. Gegenüber *tachles* bestätigten die Behörden den Sachverhalt. Nachdem sie von diesem Offizialdelikt Kenntnis erhalten hatte, hat die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt umgehend ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und steht nun in Kontakt mit den allenfalls einzubeziehenden Behörden des Bundes. Dies bestätigt Martin R. Schütz, Kriminalkommissär und Chef Medien und Information der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt gegenüber *tachles*. Aufgrund des Amts- und Untersuchungsgeheimnisses sowie der weiteren Vorgaben der Schweizerischen Strafprozessordnung könne er sich aber nicht weiter zu diesem laufenden Verfahren äussern. Parallel dazu hat die Kantonspolizei Basel-Stadt, wie immer in solchen Fällen und wo nötig in Absprache mit den Strafverfolgungsbehörden, eine Gefährdungsanalyse vorgenommen. Die Kantonspolizei schreibt: «Die bewährten Sicherheitsmassnahmen bleiben bestehen und werden basierend auf der aktuellen Lagebeurteilung laufend angepasst. Aus polizeitaktischen Gründen kann die Kantonspolizei Basel-Stadt keine detaillierten Angaben zu den Massnahmen machen. Nachfragen bei den Staatsanwaltschaften nach vergleichbaren Vorfällen in Zürich und Bern blieben bisher noch unbeantwortet – und die Gemeinden selbst geben bei Offizialdelikten wie dem oben genannten keine Auskunft. Weitere Recherchen von *tachles* zeigen indessen die Hintergründe der Untersuchungen. Rund 20 jüdische Institutionen wurden mit einem Erpressungsschreiben konfrontiert, in dem eine Zahlung von 2 Millionen Franken gefordert wird, sonst würden Attacken folgen. Behörden haben auch in weiteren Kantonen das Schreiben ernst genommen und Untersuchungen eingeleitet. Vertreter jüdischer Gemeinden bestätigten die Erpressung, wollten aber nicht öffentlich darauf eintreten. VW/TA

ZÜRICH

Bührle bleibt im Zentrum

Ab heute Freitag ist die umstrittene Sammlung Bührle im Kunsthaus Zürich in einem neuen Format unter dem Titel «Sammlung Bührle: Kunst, Kontext, Krieg und Konflikt» zu sehen. Die neu arrangierte Ausstellung hat *tachles* bereits in Augenschein genommen. Im Vorfeld war bekannt worden, dass der wissenschaftliche Beirat, der die Erarbeitung der Ausstellung seit November 2022 begleitet hatte, geschlossen zurückgetreten ist und sich von der Ausstellung distanziert. Stefanie Mahrer, die an der Pressekonferenz den wissenschaftlichen Beirat vertrat, erklärte, die Gründe dafür erst heute zu nennen, damit die Medienvertreterinnen und -vertreter die Ausstellung zuvor ohne diese Begründung anschauen könnten (vgl. *tachles* 43/2023). Ein Grund für den Rücktritt war, dass der Sammler Emil Bührle weiterhin dominant im Zentrum der Ausstellung steht, während die Opfer des Nationalsozialismus (NS) sowie des NS-Kunstraubs marginalisiert werden. Museumsdirektorin Ann Demeester



erklärte, dass das Kunsthaus die Meinung des Rates respektiere, aber die Dinge anders sehe. Sie nannte die Ausstellung einen Anfang und kein Ende und verwies auf den Resonanzraum in der Schau, in dem Expertinnen und Exponenten zu Wort kommen, die u.a. auf das Leid und Schicksal der

Opfer NS-Kunstraubs aufmerksam machen. Die Ausstellung beleuchtet den Kunsterwerb Bührles kritisch, doch sind er und sein Aufstieg im Zentrum, wie visuell anhand zweier Porträts des Sammlers, die ihn als mächtigen Mann von Welt zeigen, schmerzhaft deutlich wird (vgl. Seiten 5 und 22). SD

REGION BASEL

Antisemitismus an Schulen

An der Freien Mittelschule FOS in Muttenz, rund zehn Kilometer von Basel entfernt, äusserte sich ein Schüler gegenüber einem jüdischen Schüler antisemitisch. Laut der Schulleitung sei der Schüler, der die antisemitische Äusserung gemacht hat, kurz danach vom Unterricht dispensiert worden. Die Eltern der betroffenen Schüler wurden informiert und der Vorfall mit anderen Schülerinnen und Schülern der Privatschule thematisiert, wie «20 Minuten» berichtete. Am Montag soll die Polizei Baselland für eine Präventionsveranstaltung in der Schule gewesen sein. In Basel soll ausserdem ein Schüler einer Sekundarschule antisemitisch provoziert worden sein, wie das «Regionaljournal» von Radio SRF berichtete. In

einem weiteren Fall wurde die Polizei aufgeboten, weil Palästina-Aktivistinnen vor einer Schule Propaganda-Material verteilten. TA

BASEL

Antisemitische Parolen

Seit dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober fanden in Basel wie auch in anderen Schweizer Städten mehrere Kundgebungen und Demonstrationen für Palästina statt. Am 19. Oktober waren zum Beispiel rund 600 Menschen durch die Kleinbasler Klybeckstrasse gezogen. Auf Bildern des nicht bewilligten Umzugs waren Transparente mit dem antisemitischen Slogan «From the river to the sea – Palestine will be free» erkennbar. Auch an einer unbewilligten Kundgebung am Abend zuvor auf dem Marktplatz

sangen Menschen die Parole. Wie die «bz basel» berichtete, klärt die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt derzeit ab, ob im Kontext der Kundgebung am 19. Oktober «Widerhandlungen erfolgt sind, die als Offizialdelikte zu behandeln und somit von Amtes wegen zu verfolgen sind, so Sprecher Martin Schütz gegenüber der Zeitung. Es geht in einem ersten Schritt darum, abzuklären, ob einzelne gezeigte oder skandiierte Parolen strafbar seien. Vergangenen Samstag fand in Basel erneut eine Pro-Palästina-Kundgebung statt, an der antisemitische Parolen gezeigt wurden. Der Basler SVP-Grossrat und Advokat Pascal Messerli kündigte auf X an, er werde aufgrund der jüdenfeindlichen Parolen «eine umfassende Strafanzeige» einreichen. Auf Messerli geht die Resolution «Solidarität mit Israel und der jüdischen Glaubensgemeinschaft», die der Basler Grosse Rat Mitte Oktober verabschiedet hat, zurück. SD